

Der Grenzraum als Bedrohung oder Ressource. Aus einem Forschungsprojekt zu den Erfahrungen der Deindustrialisierung in deutsch-französisch-luxemburgischer Perspektive (1960–2020)

Birgit Metzger

Abstract

Der vorliegende Aufsatz stellt ein deutsch-französisches Forschungsprojekt vor, das das Ziel verfolgt, mit einem mikrohistorischen Ansatz Erfahrungen der Deindustrialisierung in Deutschland (Ost und West), Frankreich und Luxemburg zu untersuchen. In einer Kombination aus kultur- und sozialhistorischen Methoden stehen dabei die Biographien und Perspektiven der Betroffenen vor Ort im Zentrum des Interesses: ehemalige Arbeiter:innen, ihre Angehörigen und andere lokale Akteure. Zunächst wird die Deindustrialisierung als globaler Transformationsprozess skizziert, bevor unser Forschungsprojekt vorgestellt wird, das fünf Teilstudien umfasst. Anschließend gehe ich auf eine Teilstudie genauer ein, die den deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum in den Blick nimmt. Auch wenn die nationale Konkurrenz an der Grenze teils als Bedrohung dargestellt wurde, wurde die Lage im Grenzraum während der Transformation doch überwiegend als Ressource wahrgenommen.

1. Die Deindustrialisierung als Gegenstand der Untersuchung

Gegenwärtig ist eine erneut drohende Deindustrialisierung Deutschlands Gegenstand einer wirtschaftspolitischen Debatte. Die Krisen Anfang der 2020er Jahre – besonders die Corona-Pandemie und der Krieg Russlands gegen die Ukraine – führten zu unterbrochenen Lieferketten, fehlenden Rohstoffen und hohen Energiepreisen. Das deutsche Bundeswirtschaftsministerium ermittelte in einem Risikoszenario im September 2022, dass die „Gasmangellage zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung im Jahr 2023 von 7,9 % und im Jahr 2024 von 4,2 % führen“ könnte (Hüther et al., 2023, 3). Deutsche Bank Research (2022) sah hier wenig später den Ausgangspunkt für eine „beschleunigte Deindustrialisierung in

Deutschland“. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland (20,8 % im Jahr 2021, 22,9 % im Jahr 2016) würde in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter sinken. Im Februar 2024 verkündete der Geschäftsführer der Bonner Wirtschaftsakademie, Harald Müller, dass „die Deindustrialisierung Deutschlands [...] in vollem Gange“ sei. Produktionsverlagerungen ins Ausland würden längst im großen Stil vorbereitet (Bonner Wirtschaftsakademie, 2024). Demgegenüber kommt die Deutsche Industrie- und Handelskammer (2024) zu der Einschätzung, dass nur geringfügig mehr Unternehmen im Ausland investieren wollten, allerdings sei bedenklich, dass das Motiv dafür Kosteneinsparung sei. Betroffen seien die chemische Industrie, die Stahl- und metallverarbeitende Industrie sowie die Automobilproduktion. In dem Zusammenhang stellen Interessensverbände und Politiker:innen vor allem wirtschaftspolitische Forderungen: weniger Bürokratie, billigere Energiepreise, weniger Regeln für die Wirtschaft (Stichworte Lieferkettengesetz und Datenschutz). So soll die Verlagerung der Produktion ins Ausland gestoppt werden und die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig bleiben. Es geht also um Wirtschaftsstandorte, Globalisierungsprozesse, politische Handlungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze.

Die Debatte um die Deindustrialisierung Deutschlands und Europas ist älter; sie wird seit den 1970er Jahren geführt, in Deutschland vor allem unter dem Begriff „Strukturwandel“, in Frankreich unter dem Schlagwort „reconversion“ (vgl. zur sozialwissenschaftlichen Forschungsentwicklung zu diesem Thema High, 2013). Es geht dabei um den absoluten und relativen Rückgang des industriellen Sektors in Bezug auf Beschäftigung und/oder Wertschöpfung an den jeweiligen Volkswirtschaften. Die Deindustrialisierung stellt einen der grundlegenden globalen Wandlungsprozesse der letzten 60 Jahre dar, der alle europäischen Gesellschaften seit den 1960er Jahren (in Westeuropa) bzw. seit den 1990er Jahren (in Osteuropa) erfasste. Es handelte sich um eine systemübergreifende Krise europäischer Industriegesellschaften. Ende der 1950er Jahre setzte mit der Kohlekrise in Westeuropa ein Prozess ein, in dessen Folge Industrien wie Kohlezechen, Stahlwerke, Textilfabriken oder Schiffswerften nach und nach geschlossen und die industrielle Produktion zunehmend in andere Weltregionen verlagert wurde. Diese Industrien hatten die industrielle Revolution in Europa maßgeblich geprägt und bildeten bis in den wirtschaftlichen Boom der 1950er und 1960er Jahre das Rückgrat der europäischen Volkswirtschaften. Auch in Osteuropa zeigten sich bereits in den 1970er Jahren viele Krisenphänomene, aber die sozialistischen Staaten hielten noch an ihren Wirt-

schaftsvorstellungen fest und verzögerten eine grundlegende Umgestaltung der wirtschaftlichen Strukturen.

Aus globalgeschichtlicher Perspektive verlagerten sich erstmals seit Beginn der industriellen Revolution im späten 18. Jahrhundert Wirtschaftswachstum und Wohlstandsvermehrung zugunsten asiatischer Länder wie Südkorea, Taiwan, China und Singapur, die zu wichtigen Industrieproduzenten wurden, oder Indonesien und Pakistan, die sich zu wichtigen Standorten der global vernetzten Textilproduktion entwickelten (Dicken, 2014). Während die Zahl der Beschäftigten in der Industrie in Europa zwischen 1970 und 2000 zurückging, stieg der Anteil der Industriebeschäftigten in Asien relativ und absolut an (z. B. in China von 17,2 % im Jahr 1970 auf 30,3 % im Jahr 2012 oder in Südkorea von 18,3 % im Jahr 1972 auf 24,6 % im Jahr 2012) (ILO, zitiert nach Raphael, 2019, 39).

Die Formen der Deindustrialisierung in Europa reichten von abrupten Werksschließungen bis hin zu stark gestaffelten, sukzessiven Umstrukturierungsplänen, deren Umfang und Auswirkungen sich von Land zu Land, Region zu Region und Stadt zu Stadt unterschieden (z. B. Deshayes & Lomba, 2017). In Europa war mit dem Rückgang des industriellen Sektors ein „sozialer Wandel von revolutionärer Qualität“ (Raphael, 2019) verbunden. Dieser war gekennzeichnet von Massenarbeitslosigkeit, der Zunahme sozialer Ungleichheiten (Kaelble, 2017) sowie der Prekarisierung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Entpolitisierung und der Aufstieg des Rechtsextremismus prägen seither viele von Deindustrialisierung betroffene Regionen.

2. The Unmaking of the Working Class?

An dieser Stelle setzt das Forschungsprojekt mit dem Titel „Deindustrialisierung in Frankreich und Deutschland. Erfahrungen und Emotionen von den 1960er Jahren bis heute. The Unmaking of the Working Class?“ (DesinEE) an. Es wird zwischen 2023 und 2026 von der DFG und der ANR gefördert und ermöglicht Historiker:innen der Universitäten Bochum, Straßburg und Saarbrücken, gemeinsam und in transnationaler Perspektive zu den Erfahrungen der Deindustrialisierung in Deutschland, Frankreich und Luxemburg seit den 1960er Jahren bis heute zu forschen. Dabei stehen die Auswirkungen dieses Prozesses auf die Arbeiter:innenmilieus bzw. „communautés ouvrières“ im Fokus, die die Industrialisierungsgeschichte der westlichen Welt maßgeblich prägten.

Dementsprechend waren Deindustrialisierungsprozesse mit Mobilisierungen und sozialen Verwerfungen verbunden, die in Frankreich und Deutschland eine hohe mediale Aufmerksamkeit erfuhren: von dem Konflikt um den Uhrenhersteller LIP in Besançon 1973, über die Protestbewegung der lothringischen Stahlarbeiter Ende der 1970er Jahre (Noiriel, 1984), die Proteste gegen die Schließung der Hochöfen von Rheinhausen durch Thyssen 1987 oder den Hungerstreik der Kali-Minen-Arbeiter im kleinen thüringischen Ort Bischofferode 1993 bis hin zur „Schlacht von Florange“ gegen die Schließung der Hochöfen des gleichnamigen Stahlwerks in Nord-Lothringen 2016. Diese Ereignisse zeugen vom – zumeist vergeblichen – Widerstand einer starken Arbeiter:innenbewegung gegen den Verlust von ‚guten‘ Arbeitsplätzen,¹ ihrer kollektiven Rechte und ihrer sozialen und beruflichen Anerkennung. Zudem haben sie die kollektiven Erinnerungen in hohem Maß geprägt und verdeutlichen, wie stark die Erschütterungen des Arbeiter:innenmilieus und seiner spezifischen kulturellen Praktiken und Soziabilitätsformen waren und sind.

Im Projekt DesinEE interessieren wir uns also nicht primär für die makroökonomischen Komponenten der Deindustrialisierung, sondern vor allem für den damit zusammenhängenden sozialen Wandel und besonders dafür, wie die betroffenen Arbeiter:innen und ihre Angehörigen diesen Prozess erlebten und wie er sich auf ihre Biographien, Lebenswelten und Vergemeinschaftungsformen sowie ihr Verhältnis zur Politik auswirkte. Der Untertitel des Projekts spielt auf die Pionierstudie des britischen marxistischen Historikers E. P. Thompson über die politische Soziabilität der englischen Arbeiterschaft an: „The making of the working class“ (1963). Darin geht es im Kern um das wachsende Selbstbewusstsein der entstehenden britischen Arbeiterklasse zwischen 1780 und 1830, das sich in zunehmender Handlungsfähigkeit und Grundwerten wie Solidarität und Gegenseitigkeit manifestierte. Wir wollen in gewisser Weise den umgekehrten Prozess untersuchen: nämlich die zeitgeschichtlichen Auswirkungen der Deindustrialisierung auf die „communautés ouvrières“, die wir hierzu als emotionale Gemeinschaften fassen (Rosenwein, 2010). Die Grundannahme dabei ist, dass die Transformation mit individuellen und kollektiven Formen von Emotionen verbunden ist. Entsprechend gilt es, die affektiven Beziehungen zu integrieren, um die Logiken der Transformation der Gemeinschaften adäquat verstehen zu können.

1 Der DGB versteht darunter u. a. Tarifbindung, Mitbestimmung, ein gewisses Maß an Arbeitsschutz (Deutscher Gewerkschaftsbund, o. J.).

Darüber hinaus geht es uns darum zu untersuchen, wie sich die Deindustrialisierung als ein grundsätzlich transnationales Phänomen in unterschiedlichen industriellen Räumen auf der lokalen Ebene kontextspezifisch auswirkte. Damit verbindet sich die Frage, welche Ebene angesichts eines transnationalen Prozesses wie der Deindustrialisierung entscheidend für die Veränderung der sozialen und individuellen Lebenswelten ist: die lokale oder die nationale Ebene. Unsere Arbeitshypothese lautet, dass nationale Kontexte zwar relevant sind, lokale Kontextfaktoren aber die Art und Weise, wie die Deindustrialisierung wahrgenommen und auf sie reagiert wurde, stärker beeinflussten.

Ziel des Projektes ist es, eine vergleichende und transnationale deutsch-französisch(-luxemburgische) Mikrosozialgeschichte der Deindustrialisierung an der Schnittstelle von Erfahrungs- und Emotionsgeschichte zu schreiben. Konkret untersuchen wir in vier empirischen Teilstudien, die jeweils mindestens eine industriell geprägte französische und eine deutsche Kommune in den Blick nehmen, gleichzeitig verschiedene Typen des industriellen Raums, unterschiedliche Industriezweige und unterschiedliche geschlechtlich organisierte Beschäftigungsstrukturen. Bei der fünften Teilstudie handelt es sich um eine begriffsgeschichtliche Untersuchung in deutsch-französischer Perspektive. Jede der vier empirischen Teilstudien ist vergleichend angelegt und untersucht zwei oder drei Orte, die in durch Kohlebergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Metallverarbeitung und/oder Textilindustrie geprägten Industrieregionen liegen: im nördlichen und südlichen Lothringen, Nordelsass, den Ardennen und Nord-Pas-de-Calais für Frankreich, im Saarland, Ruhrgebiet, Thüringen und Sachsen-Anhalt für Deutschland sowie das südliche Luxemburg.²

2 In Teilstudie 1 fragt Raphaël Pernoud nach den Selbstbeschreibungen der „communautés ouvrières“ in zwei kleinen Industriestädten in den Ardennen und in Thüringen, in denen die Schließungsprozesse von massiven Protesten begleitet wurden. In Teilstudie 2 erforscht Emmanuel Droit die spezifischen Deindustrialisierungserfahrungen in mittelgroßen Städten, die von metallverarbeitenden Betrieben und Feinmechanik geprägt waren. Er untersucht die Rekonfiguration politischer und sozialer Bindungen am Beispiel der Städte Lunéville im Süden Lothringens und Zeitz in Sachsen-Anhalt. Teilstudie 3, die ich selbst bearbeite und die in diesem Beitrag genauer vorgestellt wird, behandelt drei mittelgroße Städte, die von der Montanindustrie geprägt wurden und im SaarLorLux-Raum liegen. In Teilstudie 4 widmet sich Julia Wambach der Rekonfiguration der Bergarbeiter-Gemeinschaften am Beispiel von Lens und Gelsenkirchen, zweier Städte in den größten traditionellen, von Montanindustrie dominierten Industrierevieren der jeweiligen Länder, die emblematisch für Aufstieg und Niedergang der Schwerindustrie in Frankreich und Deutschland stehen. In der begriffsgeschichtlichen

Um synchrone und diachrone Ost-West-Vergleiche zu ermöglichen, beziehen wir Untersuchungsgebiete in der ehemaligen DDR mit ein, wo sich die Deindustrialisierung später, schneller und abrupter vollzog. Der Vergleich mit westeuropäischen und westdeutschen Deindustrialisierungserfahrungen verspricht wertvolle Erkenntnisse, da er die Aufmerksamkeit auch auf möglicherweise unterschätzte Ähnlichkeiten lenkt, die bei einem singularisierenden Ansatz leicht übersehen werden. Des Weiteren ist es uns wichtig, die Geschlechterstruktur der betroffenen Belegschaften zu adressieren und dezidiert männliche sowie dezidiert weibliche Industriezweige zu berücksichtigen. Damit wollen wir vermeiden, die zeitgenössisch große öffentliche Aufmerksamkeit, die männlich dominierte Branchen in der Deindustrialisierung auf sich gezogen haben, zu reproduzieren. Demgegenüber verschwanden weiblich dominierte Branchen, wie etwa die Textilindustrie, oft fast unbemerkt (Beese & Schneider, 2001). Die Transformation von Geschlechterverhältnissen und -verständnissen ist ein wichtiger Bestandteil der soziostrukturellen Transformation, die die Deindustrialisierung begleitete, wobei es sowohl Retraditionalisierungsprozesse als auch die Pluralisierung von Lebensläufen und Erwerbschancen für Frauen gab. Arbeiterinnen wurden häufig als erste entlassen und waren am stärksten von Prekarisierung betroffen. In Westdeutschland wie in Frankreich und Großbritannien nahm der Anteil weiblicher Beschäftigter in der Industrie zwischen 1972 und 2002 sogar leicht ab (Raphael, 2019, 86). Frauen und ungelernte Arbeiter fanden häufig im privaten Dienstleistungssektor neue Jobs im Niedriglohnsegment. Arbeiteröchtern (und -söhnen) standen dagegen bessere Bildungsmöglichkeiten offen. Dieser gegenderten Dimension der Deindustrialisierung wollen wir auch insofern Rechnung tragen, als wir Angehörige und das soziale Umfeld der Beschäftigten in die Untersuchung einbeziehen.

Ein diversitätssensibler Ansatz muss außerdem den Zusammenhang von Deindustrialisierung, Xenophobie und der Marginalisierung von Migrant:innen berücksichtigen. Die untersuchten Räume zeichnen sich durch eine mehr oder weniger starke Präsenz von Einwander:innen und ihren Nachkommen aus, die Teil der lokalen Gemeinschaften sind, aber auch Parallelstrukturen entwickeln (z.B. eigene Sportvereine). Zu fragen ist,

Studie (Teilstudie 5) untersuchen Marion Fontaine und Stefan Berger gemeinsam die zentralen Begriffe einer Erfahrungs- und Emotionsgeschichte von Deindustrialisierung in Deutschland und Frankreich. Dabei werden zunächst solche Begriffe berücksichtigt, die kongruent scheinen, aber mit ganz verschiedenen Bedeutungskonnotationen aufgeladen sein können.

ob und inwiefern die Deindustrialisierung die Figur des marginalisierten Fremden verstärkt hat.

Methodisch stützen wir uns vor allem auf Oral History (Niethammer, 1980; Perks & Thomson, 2015), d. h. wir führen narrative, semistrukturierte und leitfadengestützte Interviews mit ehemaligen Beschäftigten, ihren Angehörigen und ihrem Umfeld.³ Daneben legen wir Wert auf das Mittel des Vergleichs (Haupt & Kocka, 2009; Kaelble, 1999) und ziehen zudem Nutzen aus einer über reine Vergleiche hinausgehenden *histoire croisée*. Ergänzend kommen Befragungen von lokalen Stakeholdern, insbesondere Vertreter:innen der Gewerkschaften, Lokalpolitik und Verwaltung hinzu.

Des Weiteren ziehen wir Unterlagen aus institutionellen Archiven – öffentliche und Unternehmensarchive – die regionale und lokale Presse und audiovisuelle Medien sowie seit den 1970er Jahren angefertigte sozialwissenschaftliche Untersuchungen hinzu. Diese sind als historische Quellen zu nutzen und ihre Diskurse zu dekonstruieren (Graf & Priemel, 2011, 479–508).

3. Deindustrialisierungserfahrungen im Grenzraum SaarLorLux

Im Unterschied zu den anderen Teilstudien (s. Fußnote 2) vergleicht die im folgenden vorgestellte Teilstudie nicht voneinander entfernte räumliche Einheiten, sondern nimmt eine trinationale Grenzregion in den Blick. Der saarländisch-lothringisch-luxemburgische Raum ist seit dem 19. Jahrhundert eine Industrieregion, die stark von der Förderung von Steinkohle und Eisenerz sowie der Herstellung von Stahl geprägt wurde und dementsprechend eine dominant männliche Beschäftigungsstruktur aufwies. Die Grenzregion ist seit langem wirtschaftlich eng verflochten, wird und wurde aber durch – zwischen 1814 und 1957 immer wieder verschobene – politisch gesetzte territoriale Grenzen geteilt und durch nationale Rivalitäten geprägt (vgl. Hudemann, 2009).

Die Region SaarLorLux beansprucht seit einigen Jahrzehnten die Rolle einer Vorreiterin für grenzüberschreitende Verflechtungen in Europa. Das tut sie gerade deshalb, weil Grenzen hier in den letzten beiden Jahrhunderten immer von neuem als besonders scharfe Trennlinien wirkten. Die

3 Dabei kann auch an frühere Befragungen angeknüpft werden. Sowohl im Saarland als auch in Lothringen und Luxemburg wurden bereits in den 1990er und Anfang der 2000er Jahren Interviews zu der Thematik geführt – mit anderen Zielsetzungen und Methoden, dennoch aufschlussreich für eine Zweitauswertung.

Tatsache, dass sie wiederholt verschoben wurden, begründete umso härtere Konflikte. Zugleich erwuchsen daraus jedoch auch vielfältige Überlagerungen und Verflechtungen. Manche von ihnen sind beispielhaft für interregionale Kooperationen in Europa, wie etwa der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR), der Vorbild für zahlreiche Nachahmungen in Europa wurde (Bähr & Albrecht, 2014).

Die Studie konzentriert sich auf den geographischen Kern der Region in unmittelbarer Grenznähe: das Saarland, besonders das von Kohle und Stahl geprägte Saartal und seine Nebentäler, das Département Moselle, mit Fokus auf das Kohlebecken an der deutschen Grenze, und das Großherzogtum Luxemburg, besonders den von Eisenerz (Minette) und Stahlindustrie geprägten Südwesten.

Die Montankrise prägte diese Grenzregion seit den 1960er Jahren. Es handelte sich also um eine über die nationalen Grenzen hinweg geteilte Erfahrung, jedoch mit unterschiedlichen Zeiten und Geschwindigkeiten, Intensitäten und gesellschaftlichen Folgen: In der Moselle setzte sie früher und weitreichender ein als im Saarland, und in Luxemburg wurde sie abgefedert durch die expandierende Dienstleistungs- und Finanzbranche (vgl. für einen Überblick Herrmann, 2020). Eine These ist also, dass die Desindustrialisierungserfahrungen in den drei untersuchten Teilregionen in hohem Maße interdependent waren, aber nur bedingt konvergierten. Dafür sprechen der unterschiedlich erfolgreiche ökonomische Strukturwandel, politisch-institutionelle Unterschiede (französischer Zentralismus, deutscher Föderalismus, Luxemburg als Kleinstaat), die Einbindung in nationale Organisationsstrukturen (Parteien, Gewerkschaften).

Es werden drei mittelgroße Städte untersucht, die massiv von der Schließung von Berg- und/oder Stahlwerken betroffen waren:

Für das Saarland: Völklingen, eine ‚Mittelstadt‘, deren Einwohnerzahl von 49.000 im Jahr 1975 auf 40.358 im Jahr 2023 (Stand 31.12.2023) gesunken ist, eine montanindustriell geprägte Stadt, mit der 1986 stillgelegten und 1994 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärten Völklinger Hütte, den Kohlegruben Luisenthal (bis 1994/2005) und Velsen/Warndt (bis 2005). Völklingen war überregional wiederholt als ‚Krisenstadt‘ in der bundesdeutschen Presse, als Kommune mit einer hohen Arbeitslosenquote von zeitweise 19 % (Höhepunkt zwischen 1984 und 1988), zeitweise hohen Wahlergebnissen für die NPD (Höhepunkt 2004 mit knapp 10 %) und etwas höheren für die AfD, die allerdings durch deren viel höhere Wahlerfolge an anderen Orten, v. a. in Ostdeutschland, sowie den hohen Stimmenanteil in Völklingen für die SPD bei der Landtagswahl 2022, relativiert

wurden. „Eine verödete Mittelstadt an der Grenze zu Frankreich“, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung 2014 festhielt (Freytag, 2014; s. dazu auch Röhrig, 2019).

Für die Moselle: Creutzwald, dessen Einwohnerzahl von 15.540 im Jahr 1975 auf 12.541 (Stand: Januar 2021) zurückgegangen ist. Die Stadt wurde historisch durch Glas- und Stahlproduktion geprägt, sowie im 20. Jahrhundert besonders von der Kohleförderung mit der Grube La Houve, die 2004 als letzte in Frankreich geschlossen wurde. Mit dem *Musée du Carreau/Parc Explor Wendel* wurde 2012 ein Erinnerungsort für den Bergbau in der Region mit einem begehbaren Stollen und einem Museum geschaffen. Im Rahmen der ersten „restructuration“ wurde in Creutzwald ein Grundig-Werk angesiedelt, das zwischen 1969 und 1993 Unterhaltungselektronik, v. a. Fernseher, produzierte, etwa 1.000 Angestellte hatte und eine hohe weibliche Beschäftigungsquote aufwies. Die Arbeitslosenquote lag zwischen 2006 und 2020 konstant über 17,6 %, mit einem Höhepunkt von über 20 % im Jahr 2015 (Zahlen nach INSEE, 2024). Der Kandidat des Rassemblement National erhielt bei den Wahlen für die Nationalversammlung 2022 eine klare Mehrheit, bei den Präsidentschaftswahlen im selben Jahr waren 56 % der abgegebenen Stimmen für Marine Le Pen.

Für Luxemburg: Esch-sur-Alzette, ebenfalls eine alte Industriehochburg mit den Hüttenwerken des ARBED-Konzerns (Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange), von denen heute nur noch das Walzwerk Arcelor-Mittal Esch-Belval in Betrieb ist, und den bis 1981 geschlossenen Eisenerzgruben in der Umgebung. Die Einwohnerzahl sank von 1960 mit knapp 28.000 bis 1993 auf unter 24.000 und steigt seither wieder kontinuierlich an (Stand 2019: 35.000). Esch befindet sich also in einem Prozess der Revitalisierung. Eine 135 ha große Industriebrache wurde saniert, dort befindet sich jetzt unter anderem die Universität Luxemburg. Auch hier findet Musealisierung und eine Valorisierung des industriellen Erbes statt: Zu nennen ist das *Musée national des mines* in Rumelange oder das *Areal* in Esch-Belval (Scuto & Knebeler, 2010). Trotz dieser Erfolgsgeschichte liegt die Kaufkraft der Einwohner weiterhin unter dem Landesdurchschnitt (Birchen, 2020, 181).

Die deutsch-französische Perspektive wird in dieser Teilstudie sowohl um Luxemburg als auch um eine dezidiert grenzüberschreitende Perspektive erweitert. Dementsprechend werden neben dem Vergleich besonders transnationale, transfer- und verflechtungsgeschichtliche Ansätze berücksichtigt. Davon ausgehend lassen sich für dieses Teilprojekt folgende Fra-

gen formulieren, die die übergreifende Fragestellung des Gesamtprojektes für den Grenzraum spezifizieren:

Wie wirkten sich die spezifischen Bedingungen der Lage im Grenzraum auf die Deindustrialisierungserfahrungen der Betroffenen aus?

Inwieweit beförderten diese Erfahrungen wiederum grenzüberschreitende Praktiken, Formen und Institutionen der Zusammenarbeit und die Vorstellung einer Schicksalsgemeinschaft?

Lassen sich solche grenzüberschreitenden Praktiken als Transnationalisierung oder treffender als (Trans-)Regionalisierung oder Translokalisierung fassen?

Die Teilstudie stößt in mehrfacher Hinsicht in eine Lücke: Erstens ist für die untersuchten Teilregionen der Forschungsstand zur Deindustrialisierung insgesamt noch lückenhaft. Für das Saarland ist er wesentlich schlechter als etwa für das Ruhrgebiet, besonders historische Arbeiten sind rar, und die wenigen existierenden betrachten nur die Zeit bis etwa 1970 (Hahn, 2003; Herrmann & Hudemann, 2004) und sind vornehmlich politikgeschichtlich ausgerichtet. Für den untersuchten Zeitraum gibt es so gut wie keine wissenschaftliche Grundlage aus sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive. Die erfahrungsgeschichtliche Perspektive ‚von unten‘ fehlt hier. Zur „Lorraine du fer“ gibt es hingegen zahlreiche Arbeiten (z. B. Nezozi, 1995; Noiriel, 1984; Raggi, 2019), aber kaum zur „Lorraine du charbon“ (Hesse, 2020), um die es in dieser Studie vornehmlich geht. Schließlich blicken die vorliegenden Publikationen selten über die nationalen Grenzen hinaus. Eine integrierte Betrachtung der Deindustrialisierungserfahrungen in der gesamten Region fehlt bisher.

4. Achsen geteilter Erfahrungen und Erinnerungen der Deindustrialisierung im Grenzraum

4.1. Erfahrungen von Gewalt und Krieg

Die ehemalige französische Kulturministerin (2012–2014) Aurélie Filippetti schildert in ihrem Familienroman *Les derniers jours de la classe ouvrière* (2003) die Geschichte ihrer aus Italien eingewanderten Familie, allesamt Bergleute, von denen ein Teil im Norden Lothringens lebt, ein anderer Teil der Familie nur wenige Kilometer entfernt auf der anderen Seite der Grenze in Luxemburg. Die Grenze wird als alltäglich erfahren. Die Bergarbeiter überqueren die Grenze unterirdisch in den Schächten der ARBED,

ohne genau zu wissen, welches Land oder welches Dorf gerade über ihnen liegt. Die Familienangehörigen überqueren die Grenze oberirdisch, wohnen und heiraten mal diesseits und mal jenseits der Grenze. Nach ihrer Verschiebung im Zweiten Weltkrieg – die älteren erinnern sich noch an die deutsche Zeit zwischen 1871 und 1918 und einige reaktivieren sogar ihre eingedeutschten Vornamen von damals – verläuft die Grenze zwischen dem besetzten Teil Frankreichs und dem annektierten Teil zwischen zwei benachbarten Kommunen, das Bergwerk liegt genau in der Mitte, knapp auf der annektierten Seite der Moselle.

Obwohl es in dem Buch vor allem um den Niedergang der Arbeiterklasse in dieser Region geht, nimmt die Geschichte der deutschen Besatzung bzw. Annexion einen wichtigen Platz in der Erzählung ein. 14 Bergleute italienischer Herkunft, alle Kommunisten, wurden von der Gestapo verhaftet, weil sie Flugblätter verteilten und Informationen über die Grenze schmuggelten. Sie wurden in verschiedene deutsche Konzentrationslager deportiert, wo die meisten von ihnen umgekommen sind. Als besonders schlimm wird empfunden, dass die Zechenleitungen mit den deutschen Militärs und der Polizei zusammenarbeiteten, sodass die Verhaftung „mit dem Einverständnis der Bosse“ stattgefunden hat (Filippetti, 2003, 25). Auch Krieg und Besatzung sind also vom Klassenkonflikt geprägt.

Diese Erinnerungen und Erzählungen an Besatzung und Krieg prägen die Familien und die Arbeiter-Communities vor Ort auch im Zeitalter der Deindustrialisierung. Daneben wird auch an die verunglückten und erkrankten Bergleute erinnert. Dies lässt sich so verstehen, dass in der Phase der Deindustrialisierung nicht nur die Arbeiterkultur, ihre Institutionen und ihre sozialpolitischen Errungenschaften, sondern auch ihre Opfer an Bedeutung und Wertschätzung verlieren.

Dieser Familienroman verweist unter anderem darauf, wie sehr Krankheit, Gewalt und Tod zum Erfahrungshorizont der Arbeiter:innen im Grenzraum gehörten und wie prägend diese Erfahrungen auch in der Phase der Deindustrialisierung blieben. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich die Erfahrungen und Erinnerungen auf der lothringischen, luxemburgischen und saarländischen Seite der Grenze ähnelten oder unterschieden, und in welchem Verhältnis nationale Zugehörigkeiten, soziale Lagen und politische Einstellung zueinanderstanden.

4.2. Europäische Einigung und grenzüberschreitende Mobilität

Diese Erfahrungen von Krieg und Gewalt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es, die den Anstoß dazu gaben, Kohle und Stahl zur Grundlage einer gemeinsamen europäischen Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu machen. Denn Eisenerz und Kohle waren nicht nur „das wahre Brot der Industrie“, wie es Lenin 1920 beim Gründungskongress der russischen Bergarbeitergewerkschaft formulierte (Lenin, 1972), sondern sie bildeten auch die Grundlage für die moderne Kriegsführung. Der Einsatz riesiger Armeen, Waffen und Munition in den beiden Weltkriegen wäre ohne Kohle und Stahl nicht möglich gewesen. Neben der Abtretung der Saarkohlegruben an Frankreich für eine bestimmte Zeit nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg wurden verschiedene Vorschläge zur Internationalisierung der deutschen Montanindustrie diskutiert. Einer davon war der im Mai 1950 vom französischen Außenminister Robert Schuman geäußerte Vorschlag, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.“ Die vorgeschlagene Aufsicht für die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion sollte nicht nur Mengen und Preise regeln, sondern eine „Solidarität der Produktion“ schaffen, und ein Zeichen setzen, „dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist.“ (Schuman, 1950) Daraus entstand die am 18. April 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt, der auch Italien und die Benelux-Länder beitraten. Die Erfahrungen, die die beteiligten Länder mit der Montanunion machten, waren so positiv, dass sie sich 1957 in der EWG und Euratom zusammenschlossen, woraus später die EU entstand.

So wurde die Montanindustrie ausgehend von ihrer Bedeutung für nationale Konflikte und Kriege zu einem Ansatzpunkt für eine gemeinsame europäische Politik, der auch von den Gewerkschaften für „das Schicksal Millionen schaffender Menschen“ größte Bedeutung beigemessen wurde (Gewerkschaftliche Monatshefte, zitiert nach Brüggemeier, 2018, 345–346). Die Montanunion und die daran anknüpfende europäische Einigung veränderten die Bedingungen des Lebens und Arbeitens im Grenzraum nachhaltig.

Die Prozesse der Deindustrialisierung und die zunehmende europäische Kooperation erhöhten die grenzüberschreitende Mobilität, denn schon in den Römischen Verträgen nahm die Freizügigkeit von Arbeitnehmer:innen

einen wichtigen Platz ein. In der Region gab die wenig später einsetzende Montankrise den Anstoß zu einer ab den 1970er Jahren zunehmend institutionalisierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der Euroregion SaarLorLux. Erweitert um Trier-Westpfalz, die gesamte französische Region Lorraine und seit 2005 die belgische Wallonie, firmiert sie inzwischen als „die Großregion/la Grande Région“. Hier wurde und wird die Lage an der Grenze also von den politischen Akteuren als Ressource in der Krise verstanden.

Vor allem die Moselle entwickelte sich während der Deindustrialisierung zu einer Auspendlerregion. 1968 pendelten 7.000 Menschen zum Arbeiten über die Grenze, die meisten von ihnen in die resilienteren Industrien im Saarland. Ihre Zahl wurde kontinuierlich größer, stieg besonders in den letzten 20 Jahren erheblich an: 2015 arbeiteten 100.000 Menschen aus der Moselle auf der anderen Seite der Grenze, die meisten in Luxemburg und etwa 20 % im Saarland. Für diese Menschen stellte die Möglichkeit, als Grenzgänger im Nachbarland Arbeit zu finden, eine Chance dar, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen und in der Region zu bleiben. Wirtschaftlich profitieren sowohl die Wohn- als auch Arbeitsorte, wo die Grenzgänger sich zu einem Faktor wirtschaftlichen Wachstums entwickelten. In Luxemburg waren 2015 43,5 % der Arbeitskräfte Grenzgänger, die auch zu Steuern und Sozialkassen am Arbeitsort beitrugen. In der nördlichen Moselle arbeiten etwa 50 % der Beschäftigten auf der anderen Seite der Grenze, in manchen Orten, die nah an der Grenze liegen, sind es 70 bis 80 %. Davon profitiert auch die lokale Ökonomie an den Wohnorten, v. a. der Handel und Freizeitaktivitäten (Belkacem & Pigeron-Piroth, 2015).

4.3. Arbeitserfahrungen, Arbeitsbeziehungen und die Frage der Solidarität

Die Arbeit in der Montanindustrie fiel im Einzelnen sehr unterschiedlich aus, wies aber drei wichtige gemeinsame Merkmale auf: Erstens war die Arbeit mühsam und gefährlich – Bergleute etwa litten an Silikose oder verunglückten bei ihrer harten und gefährlichen Arbeit. Zweitens waren die Arbeitsbeziehungen in Bergbau und Stahlindustrie seit der Industrialisierung zwischen den Unternehmen und der Arbeiterschaft durch zahlreiche spannungsvolle Konflikte und Streiks geprägt.

Drittens – und als Konsequenz aus den beiden zuvor genannten Merkmalen – bot die Montanindustrie einigermaßen sichere und gut bezahlte

Arbeitsplätze und attraktive Sozialleistungen, die in Frankreich etwa im *statut mineur* seit 1946 garantiert wurden.

In allen drei hier untersuchten Ländern wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts innerbetriebliche Mitbestimmung institutionalisiert – die Grundlagen dafür wurden dabei im Fall von Deutschland und Luxemburg bereits in den 1920er Jahren gelegt. Im Saarland galt das sehr moderne Mitbestimmungsrecht der Weimarer Republik allerdings nicht, was für die Gewerkschaften immer wieder Anlass zur Klage über die Situation im internationalisierten Saargebiet war.

In Westdeutschland wie in Luxemburg gilt der institutionalisierte Sozialdialog während der Deindustrialisierung als Erfolgsgeschichte, durch den die sozialen Auswirkungen des Personalabbaus abgefedert werden konnten: Die Deindustrialisierung wurde gewissermaßen sozialverträglich gestaltet. Westdeutsche wie Luxemburger Gewerkschaften setzten in dieser Phase stärker auf Verhandlungen und Kompromissbereitschaft, wohingegen der Politikstil der französischen Gewerkschaften, insbesondere der kommunistisch ausgerichteten CGT, die im Industriesektor am stärksten war, durch Militanz und breite Mobilisierung geprägt war: So reagierten die lothringischen Stahlarbeiter 1978 auf die Verkündung der Schließungspläne mit Massenkundgebungen und Werksbesetzungen und organisierten 1979 einen „Marsch nach Paris“ (Noiriel & Azzaoui, 1980; Vigna, 2007). Demgegenüber berichten Zeitzeugen aus dem Saarland, ehemalige Stahlarbeiter, dass anlässlich der Ankündigung der ersten Massenentlassungen in einem montanmitbestimmten Unternehmen 1977 nur wenige zu der Demonstration kamen, zu der die IG Metall aufgerufen hatte (Interviews Laxganger & Jung, AK SB, 2016).⁴ Deutsche Gewerkschafter:innen äußerten immer wieder Befremden gegenüber Aktionen sozialen Ungehorsams, die sie als Rechtsbrüche darstellen, ein Legalismus, der den französischen Gewerkschafter:innen völlig fremd war (Raphael, 2019, 152–169). Besonders hatten die im DGB organisierten Gewerkschaften im Saarland bis in die 1990er Jahre ein Problem mit dem Kommunismus der CGT, die in Lothringen besonders stark war.

Gleichzeitig wurde aber von Gewerkschaftsseite seit Anfang der 1970er Jahre die Montankrise sehr klar als eine grenzüberschreitende Herausforderung begriffen und der Austausch und Vernetzung zwischen saarländischen, lothringischen und luxemburgischen Gewerkschaften intensiviert.

4 Interviewprojekt der IG Metall und der Arbeitskammer des Saarlandes 2016, Dokumentationszentrum der Arbeitskammer, Saarbrücken.

Daraus entstand 1976 der erste Interregionale Gewerkschaftsrat, der sich die Koordination einer intensivierten transnationalen Zusammenarbeit im Grenzraum zum Ziel machte und später zum Vorbild für weitere europäische Interregionale Gewerkschaftsräte wurde (Bähr & Albrecht, 2014). Der Zusammenschluss etablierte sich und erreichte schnell Anerkennung auf politischer Ebene und mediale Aufmerksamkeit. Allerdings begrenzte sich seine Zusammenarbeit weitgehend auf die Vorstände, eine Mobilisierung der Basis gelang nicht (Busemann, 2005, 255–256).

Davon abgesehen gab es im Grenzraum Solidarisierungen im Kleinen: Bei einem Streik der Stahlarbeiter im Saarland in den 1980er Jahren, so erinnert sich ein Zeitzeuge, ging das Gerücht um, dass die Unternehmensleitung französische Arbeiter engagieren wollte, die das Werk während des Streiks am Laufen halten sollten, vom Werk organisierte Streikbrecher also. Als die französischen Arbeiter dann tatsächlich ankamen, informierten die streikenden Arbeiter aus dem Saarland sie über die Situation: „Collègues, nous avons une grève [...] dann sind die in die Autos und wieder abgekarrt. Fort warn se, war klasse! Hehehe“ (Interview Jung, IG Metall, AK SB, 2016). Die Freude über diese selbstverständliche spontane Solidarität der Arbeiter hält bei diesem Zeitzeugen bis heute an.

Etwas später gab es auch bei den Arbeitslosen Ansätze zur Vernetzung: Die „Saarländische Arbeitslosenzeitung“ (SALZ), die zwischen 1986 und 2007 erschien, berichtete 1987 über ein erstes grenzüberschreitendes Seminar für Langzeitarbeitslose aus dem Saarland und Lothringen. Das Ziel war ein Erfahrungsaustausch zwischen Arbeitslosen aus verschiedenen Regionen. Es ging um Fragen, wie Arbeitslose jeweils „mit ihrer Situation fertig“ wurden (sic) und was Politiker:innen, Gewerkschafter:innen und die Kirchen für Erwerbslose machten. Die Teilnehmer:innen kamen zu dem Ergebnis, dass sich die Erfahrungen über die Grenze hinweg ähnelten, und es wurde als sinnvoll befunden, den Austausch fortzusetzen (SALZ Nr. 3/4, 1987, 15). 1993 berichtete die SALZ dann, dass die Kontakte zu den französischen Gewerkschaften „vertieft“ worden seien (SALZ Nr. 1, 1993, 4).

Ein weiteres Beispiel verweist darauf, dass die Deindustrialisierung als Klassenkonflikt gedeutet wurde, der wiederum nationalistisch aufgeladen wurde: Als Saarstahl 1993 Konkurs anmelden musste, nachdem sich Usinor-Sacilor aus dem Unternehmen zurückgezogen hatte, rief die IG Metall in Völklingen zu einer Demonstration auf. Laut Aussage des Vorstandsvorsitzenden von Saarstahl und Unimetall sollten „nach dem Konkurs an der Saar“ die lothringischen Stahleinrichtungen verstärkt genutzt werden. Die Tatsache, dass es sich bei einem Teil der Verantwortlichen um Franzosen

handelte, wurde von dem Redner, Kurt Hartz, besonders hervorgehoben: Er warf der „französischen Managerelite“ Feigheit vor, verwies dabei auf den „Krieg mit Frankreich 1942“ (sic). Damit bediente er antifranzösische Ressentiments, beteuerte aber zugleich, dass er die „deutsch-französische Freundschaft“ nicht gefährden wolle (Stadtarchiv Völklingen, C 9/10).

Diesen Fragen, an welchen Stellen und mit wem es zu grenzüberschreitender Vernetzung und Solidarisierung kam, welchen Stellenwert dagegen populistische und nationalistische Abgrenzungen hatten, ist weiter nachzugehen. Welche Bedeutung hatten aus der Perspektive der Akteure grenzüberschreitende Vergleiche und Kontakte gegenüber intranationalen? Gab es in der Region weitere Ereignisse dieser Art und Formen grenzüberschreitender Solidarisierung der Arbeiterschaft? Konnte im Grenzraum dabei an frühere Kontakte der Gewerkschaften z. B. in den frühen 1920er Jahren angeknüpft werden (vgl. z. B. Der Saar-Bergknappe Nr. 14, 03.04.1920; Schill, 2003)? In welchem Verhältnis standen diese zu den unterschiedlichen Traditionen und Politikstilen der Gewerkschaften? Welche Rolle spielte, dass der gewerkschaftliche und parteipolitische Organisationsgrad in Deutschland wesentlich höher war als in Frankreich? Welche unterschiedlichen oder ähnlichen Formen und Verständnisse von Demokratie sowie Mitbestimmung im Sinn von „industrial citizenship“ formten sich während der Deindustrialisierung und welche Erosionsprozesse von Demokratie und Mitbestimmung sind wo und aus welchen Gründen feststellbar?

4.4. Wachsende Ungleichheiten, Xenophobie, Krise der liberalen Demokratie

In ihrem Familienroman schildert Aurélie Filippetti, dass nach dem Niedergang der Montanindustrie viele ehemalige Bergleute oder ihre Kinder neue Jobs in der aufstrebenden Finanzbranche in Luxemburg fanden. „Die meisten von ihnen sind jetzt Bankangestellte in Luxemburg“ (Filippetti, 2003, 31), die alten Arbeiter:innensiedlungen, einst im Besitz des Unternehmens sind privatisiert worden und werden nun durch ihre neuen Eigentümer hübsch renoviert. Hier wurde – wie oben beschrieben – die überwindbare Grenze zu einer Ressource.

Auf der anderen Seite entsteht in den alten Arbeiter:innensiedlungen – vor allem in der Moselle, aber teilweise auch im Saarland – der Eindruck sozialer und politischer Verwahrlosung. In den früheren Hochburgen der kommunistischen Partei regiert nun der Rassemblement National (vormals

Front National), statt Solidarität herrscht Rassismus gegen Migrant:innen. Im Roman wird am Ende ein aus dem Maghreb stammender Mensch von einem Apotheker erschossen.

Das verweist erstens auf die großen sozialen Unterschiede, die in der Phase der Deindustrialisierung innerhalb der einzelnen Staaten, aber auch in und zwischen den hier untersuchten Regionen entstanden bzw. gewachsen sind (Kaelble, 2017). Unter anderem basiert die Grenzgängerschaft auf großen wirtschaftlichen Unterschieden zwischen den Regionen. Die Moselle, insbesondere das Kohlebecken, wird weiterhin als Krisengebiet und Anlass zur Sorge beschrieben: Armut und unsichere Lebensumstände, eine überalterte Bevölkerung, eine hohe Arbeitslosenquote, davon etwa 50 % Langzeitarbeitslose, Rekorde im Bereich der Krebserkrankungen, Erkrankungen der Atemwege sowie eine überdurchschnittliche Sterblichkeitsrate (Hesse, 2020, 222). Demgegenüber gilt Luxemburg als erfolgreich und wirtschaftsstark mit beispielloser und auch „weit überdurchschnittlichen Zuwächsen auf europäischer Ebene“, auch Krisenjahre bremsen diese Entwicklung nur etwas ab (IBA, 2021, 29). Aber auch hier nehmen die sozialen Unterschiede innerhalb des Landes seit 2005 zu (Schwaller, 2019).

Wie werden diese großen sozialen Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Regionen und über die Grenzen hinweg wahrgenommen, welche Fremd- und Selbstbilder sind damit verknüpft und wie haben sich diese im Verlauf der Deindustrialisierung verändert? Und hängt das wiederum mit dem Erstarken fremdenfeindlicher Ressentiments und rechter Parteien zusammen? Neuere Studien haben darauf verwiesen, dass nicht die wirtschaftliche Lage ausschlaggebend ist für die Wahl einer rechten oder populistischen Partei, sondern die Unzufriedenheit mit dem sozialen und kulturellen Wandel (Margalit, 2019). Hier geht es also auch darum, die In- und Exklusionsprozesse in den ehemaligen Industriegebieten genauer unter die Lupe zu nehmen und zu untersuchen, welche Entwicklungen wirklich mit der Deindustrialisierung zusammenhängen und welche Entwicklungen andere Ursachen haben.

5. Ausblick

Im Projekt DesinEE verstehen wir Deindustrialisierung nicht als Spezialproblem einer einzelnen Region oder Branche, sondern als Ursache einiger grundlegender Entwicklungen im Sinn einer Problemgeschichte der Gegenwart. Dabei soll nicht ein Transnationalisierungsnarrativ von vorn-

herein vorausgesetzt werden, sondern erst untersucht werden, inwieweit ähnliche oder gemeinsame Erfahrungen gemacht wurden. Es gilt zu prüfen, welche Rolle nationale Faktoren gegenüber lokalen und *Cross-Border*-Faktoren spielten und immer noch spielen.

Die Erfahrungen der Deindustrialisierung in Europa zu analysieren und zu verstehen, ist unserer Einschätzung nach eine zentrale politische und gesellschaftliche Herausforderung. In einem Kontext wachsender sozialer Ungleichheiten, von Populismus und sich ausbreitender extremistischer Bewegungen in Frankreich wie in Deutschland kann eine transnationale Studie über die Rekonfiguration gesellschaftlich-politischer Bindungen die Bedeutung bestimmen helfen, die die Erfahrung sozioökonomischer Veränderung in der aktuellen Krise der liberalen Demokratien hat.

Forschungsbegleitend bringen wir die ersten Ergebnisse zeitnah leicht zugänglich in die Öffentlichkeit und stellen sie zur Diskussion. Dazu dient ein deutsch-französisches Forschungstagebuch auf der Plattform Hypothèses (<https://dessine.hypotheses.org/>), geplant ist daneben die Anlage eines digitalen Archivs mündlicher Quellen in Kooperation mit *oralhistory.digital*. Der Forschungsprozess wird auch fotografisch begleitet. Die hier entstehenden Fotografien sollen am Ende in einer Ausstellung zusammengestellt und mit dem Titel „Erfahrungen der Deindustrialisierung“, an den Orten gezeigt werden, die für das Projekt eine Rolle spielen.

Bibliografie

- Bähr, H., & Albrecht, M. (2014). Interregionale Gewerkschaftsräte: Transnationale Orientierung und Interessenvermittlung von Gewerkschaften. *Industrielle Beziehungen / The German Journal of Industrial Relations*, 21(3), 300–321.
- Beese, B., & Schneider, B. (2001). *Arbeit an der Mode. Zur Geschichte der Bekleidungsindustrie im Ruhrgebiet*. Klartext.
- Belkacem, R., & Pigeron-Piroth, I. (2015). Un marché de l'emploi intégré? L'emploi frontalier et ses dimensions socioéconomiques. In C. Wille (Hg.), *Lebenswirklichkeiten und politische Konstruktionen in Grenzregionen. Das Beispiel der Großregion SaarLorLux. Wirtschaft – Politik – Alltag – Kultur*. (S. 39–57). transcript.
- Birchen, M. (2020). Strukturkrise als eine „nationale Katastrophe“. Das Bemühen um den Strukturwandel in Luxemburg. In H.-C. Hermann (Hg.), *Die Strukturkrise an der Saar und ihr langer Schatten. Bilanz und Perspektiven von Montanregionen im europäischen Vergleich* (S. 159–184). Conte.
- Bonner Wirtschaftsakademie (2024, 28. Februar). Harald Müller (BWA): „Die Deindustrialisierung Deutschlands ist in vollem Gange.“ <https://bwabonn.de/2024/02/28/bonner-wirtschafts-akademie-2024-wird-jahr-der-deindustrialisierung/> [09.07.2024].

- Brüggemeier, F.-J. (2018). *Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Busemann, W. (2005). *Kleine Geschichte der saarländischen Gewerkschaften nach 1945*. AK Beiträge.
- Deshayes, J.-L., & Lomba, C. (Hg.). (2017). Les désindustrialisations (re)visitées. *Savoir/agir*, 39.
- Deutsche Bank Research (2022, 05. Oktober). Energiekrise trifft Industrie bis ins Mark. *Deutschland-Monitor*. https://www.dbresearch.de/PROD/RPS_DE-PROD/PROD0000000000524980/Energiekrise_trifft_Industrie_bis_ins_Mark.PDF;REWEBJSESSIONID=97350F079977F9816CA45936AC4B0048?undefined&reload=eNZlAb2CQIr/qPp5acm0r/YmY9yHPGZeXq8~kxKBAYk7RgNN7/spdTDzgHVNhm27 [12.03.2024].
- Deutsche Industrie- und Handelskammer (2024). Auslandsinvestitionen: Motiv der Kostenersparnis steigt erneut. <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/internationales/auslandsinvestitionen-motiv-der-kostenersparnis-steigt-erneut--114822> [12.03.2024].
- Deutscher Gewerkschaftsbund (o. J.). Gute Arbeit. <https://www.dgb.de/gute-arbeit> [11.07.2024].
- Dicken, P. (2014). *Global Shift. Mapping the Changing Contours of the World Economy*. (7th ed.) Sage Publications.
- Filippetti, A. (2003). *Les derniers jours de la classe ouvrière*. Stock.
- Freytag, B. (2014, 17. Oktober). Der Fluch der Fische. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 21.
- Graf, R., & Priemel K. (2011). Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 59(4), 479–495.
- Hahn, M. (2003). *Das Saarland im doppelten Strukturwandel 1956–1970. Regionale Politik zwischen Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und Kohlekrise*. MDV, Merziger Druckerei und Verl. (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, 36).
- Haupt, H. G., & Kocka, J. (Hg.). (2009). *Comparative and Transnational History. Central European Approaches and New Perspectives*. Berghahn Books.
- Herrmann, H.-C. (Hg.). (2020). *Die Strukturkrise an der Saar und ihr langer Schatten. Bilanz und Perspektiven von Montanregionen im europäischen Vergleich*. Conte.
- Herrmann, H.-W., & Hudemann, R. (Hg.). (2004). *Forschungsaufgabe Industriekultur. Die Saarregion im Vergleich*. MDV Merziger Dr. und Verl. (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, 37).
- Hesse, B. (2020). Von der Kohlekrise bis zum Untergang des lothringischen Kohlebergbaus. In H.-C. Hermann (Hg.), *Die Strukturkrise an der Saar und ihr langer Schatten. Bilanz und Perspektiven von Montanregionen im europäischen Vergleich* (S. 209–221). Conte.
- High, S. (2013). „The Wounds of Class“: A Historiographical Reflection on the Study of Deindustrialization, 1973–2013. *History Compass*, 11(11), 994–1007.

- Hudemann, R. (2009). Memotransfront: Stätten grenzüberschreitender Erinnerung: lieux de la mémoire transfrontalière, publiziert als CD-ROM und im Internet. <http://www.memotransfront.uni-saarland.de> [27.06.2024].
- Hüther, M., Bialek, S., Schaffranka, C., Schnitzer, M., Müller, S., Heymann, E., Maier, T., Falck, O., Flach, L., Pfaffl, C., & Schneider, C. (2023). Deindustrialisierung: Schreckgespenst oder notwendiger Schritt im Strukturwandel der deutschen Wirtschaft? *ifo Schnelldienst*, 76(3), 3–30.
- Institut national de la statistique et des études économiques [INSEE] (2024). Active Population, Employment and Unemployment within the Meaning of the Census in 2021. <https://www.insee.fr/en/statistiques> [29.07.2024].
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle [IBA] (2021): Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. 12. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 17. Gipfel der Exekutiven der Großregion.
- Kaelble, H. (1999). *Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert*. Campus.
- Kaelble, H. (2017). *Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Campus.
- Lenin, W. I. (1972). Rede auf dem I. Gesamtrussischen Verbandstag der Bergarbeiter. In W. I. Lenin, *Lenin Werke Band 30: Sep. 1919 – Apr. 1920* (S. 491–494). Dietz.
- Margalit, Y. (2019). Economic Insecurity and the Causes of Populism, Reconsidered. *Journal of Economic Perspectives*, 33(4), 152–170.
- Nezosi, G. (1999). *La fin de l'homme du fer. Syndicalisme et crise de la sidérurgie*. L'Harmattan.
- Niethammer, L. (1980). *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“*. Suhrkamp.
- Noiriel, G. (1984). *Longwy. Immigrés et prolétaires, 1880–1980*. Presses Universitaires de France.
- Noiriel, G., & Azzaoui, B. (1980). *Vivre et lutter à Longwy*. La Découverte.
- Perks, R., & Thomson A. (Hg.). (2015). *The Oral History Reader* (3rd ed.). Routledge.
- Raggi, P. (2019). *La Désindustrialisation de la Lorraine du fer*. Classiques Garnier.
- Raphael, L. (2019). *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Suhrkamp.
- Röhrig, M. (2019). *Stahlstadt Völklingen – Autostadt Rüsselsheim. Krisenhafte Transformation von Industriestädten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Kommission für saarländische Landesgeschichte e. V. (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte, 51).
- Rosenwein, B. H. (2010). Problems and Methods in the History of Emotions. *Passions in Context*, 1(1), 1–32.
- SALZ (1987; 1993). *Saarländische Arbeitslosenzeitung*, Provinzdruck.
- Schill, P. (2003). Entre France et Allemagne: grèves et mouvement ouvrier mosellan (1918–1923). *chrhc*, 92, 115–129. DOI:10.4000/chrhc.1426.

- Schwaller, G. (2019, 15. Oktober). Statec: Soziale Ungleichheit nimmt zu. *Luxemburger Wort*. <https://www.wort.lu/politik/statec-soziale-ungleichheit-nimmt-zu/1025193.html> [18.07.2024].
- Schuman, R. (1950/1990). Regierungserklärung, 9. Mai 1950. In P. Fontaine (Hg.), *Eine neue Ordnung für Europa. Vierzig Jahre Schuman-Plan (1950–1990)* (S. 46–48). Amt für Amtliche Veröff. der Europ. Gemeinschaften.
- Scuto, D., & Knebler, C. (2010). *BELVAL. Passé, présent, et avenir d'un site Luxembourgeois exceptionnel: 1911–2011*. Editions le Phare.
- Thompson, E. P. (1963). *The Making of the English Working Class*. Gollancz.
- Vigna, X. (2007). *L'insubordination ouvrière dans les années 68. Essai d'histoire politique des usines*. Presses Universitaires de Rennes.

